

in kooperation mit der **fuckparade 2002** in berlin am 13. juli 2002 – www.fuckparade.de

Aufruf zur Nachttanzdemo

Wir erklären den Verantwortlichen folgendes: Wir lassen uns nicht verbieten! Wir demonstrieren! Wir demonstrieren für unser Recht zu demonstrieren! Wir demonstrieren für Grundrechte, die ihr uns genommen habt und für weitere Rechte, die ihr uns nicht geben wollt. WE FIGHT FOR OUR RIGHTS!

Wir demonstrieren gegen staatliche Repression und Kontrolle, gegen das Ruhe- und Ordnungsamt, gegen die Polizei und die Politik! Wir gehen auf die Straße - auf unsere Art: friedlich und feierlich. Wir tanzen nacht! Wir tanzen für Bewegungsfreiheit und Freiräume! Für spontane Partys und selbstbestimmtes Vergnügen – für freies Feiern, für eine befreite Nacht! FIGHT FOR OUR RIGHT TO PARTY! re.claim!

WESSEN STRASSE IST DIE STRASSE – WESSEN WELT IST DIE WELT?

Wir erklären den Verantwortlichen die Freiräume: Wir tanzen gegen die zunehmende Privatisierung von öffentlichen Räumen, für unser Recht auf Raum. STREET RE.PUBLIC hat Wiederaaneignung öffentlicher Räume zum Ziel! Wir wehren uns gegen Raumverbote, Razzien im „Vergnügungsviertel“, Überfälle auf unsere Partys und Clubs! Wir wollen keine Bullen, die unsre Partys busten, uns nerven, Drogen-UserInnen kriminalisieren und „Dealer“ jagen! Gegen Behördenwillkür und Polizei-brutalität. Für eine befreite Stadt für ALLE! Statt die Stadt zu beleben, bereinigt die Stadt die Stadt vom Leben – durch Sauberkeit, Sicherheit, Service (SSS) durch Ordnungsbeamte, private Sicherheitsdienste, freiwillige Bürgerwehr, Müllpolizei und ihre Denunzianten-Spitzel. Gegen den grassierenden Sicherheitswahn, Moralpanik und Hygienehysterie! Überwacht euch doch selber! STOPPT DIE REPRESSIVE OFFENSIVE! Für eine neue Kultur- und Drogenpolitik! PARTY FOR OUR RIGHT TO FIGHT!: Recht auf selbstbestimmte Party – Recht auf Rausch! re.claim!

Wir erklären den Verantwortlichen die Bewegungsfreiheit: Wir wollen keine rassistischen Kontrollen und Platzverweise am Bahnhof, keine Überwachung der Zeil, keine Kriminalisierung und Vertreibung von sogenannten Randgruppen aus der Innenstadt. Wir sind für die sofortige Auflösung des Abschiebelagers am Frankfurter Flughafen. Wir fordern Bewegungsfreiheit für ALLE! FREE MOVEMENT IS OUR RIGHT! re.claim!

re.claim THE GAME!: NOlympJA 2002

Wir erklären den politisch Verantwortlichen das olympische Prinzip: Kein Mensch darf aus religiösen, politischen, sozialen, kulturellen oder rassistischen Gründen ausgeschlossen werden! Die Stadt Frankfurt bewirbt sich für die Olympischen Spiele 2012. Wir sagen dazu: NOlympJA!

NO: Wir wollen keine Stadtplanung der Investoren, keinen globalen Wettbewerb von Städten um Standorte, keine unsinnigen Großprojekte à la Europaviertel, Olympia 2012, Bahnhof 21. Gegen die neoliberale Ausrichtung der städtischen Politik und die zunehmende Kommerzialisierung unseres Alltags: An ALLE: vereinigt euch! Begehrt! Lebt eure Bedürfnisse und Wünsche, ohne Rücksicht auf Schranken und Grenzen. FREE the CITY!

JA: JA zu Olympia, JA zu Frieden und Toleranz! re.spect to ALL! re.present! re.present!

Unser Dorf soll Olympia werden! Wir leben hier. Also bauen wir ein olympisches Dorf ins Herz der Stadt: Park Fiction statt Urban Entertainment! Let The Games begin! Die NachtTanzDemo entzündet schon 2002 die olympische Fackel – und ruft den olympischen Frieden aus: Kein Mensch darf aus der Stadt vertrieben werden! WELCOME ALL REFUGEES!

re.claim the game!

Urban Action

„Zwischen der Liebe und dem automatischen Müllschlucker hat die Jugend aller Länder gewählt: Sie wählt den Müllerschlucker...“

So lautete die Klage im situationistischen *Formular für einen neuen Urbanismus*, die heute wie der Refrain eines Tocotronic-Songs klingt und treffsicher die Lage beschreibt. FfM 2002: eine *Keep your city clean*-Kampagne überzieht die Stadt, droht mit drakonischen Strafen für Pommes, Kippen, Hundekot und verteilt Rote Karten für Hobby-Denunzianten: *Good Morning, Singapur*. Statt eines Proteststurms im lokalen Blätterwald hagelt es begeisterte Leserbriefe, so dass man nur kopfschüttelnd die Frage stellen kann, warum die Menschen für ihre Knechtschaft kämpfen als ginge es um ihr Heil. *Wir wollen unser Körbchen sauber halten!* Der belehrende Hinweis, dass man bei sich zu Hause schließlich auch keinen Müll will, spricht ungewusst die Wahrheit über die globale Transformation des Raumes aus, in der die Trennung von öffentlich/privat und Innen/Außen verloren geht. Und damit das klassische Forum der Demokratie. Die Privatisierung des öffentlichen Raumes ist der Königsweg in die postdemokratische Polis, in die Welt von *Demolition Man*: „Sanfte Grüße, Bürger!“

Global Local Action

Der Hintergrund von *Müll macht schlechte Laune* ist die geputzte Platte. Sie dient als Visitenkarte der „unternehmerischen Stadt“ und damit als Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewerbung der Stadt Frankfurt für die Olympischen Spiele 2012. Nur im ständigen Betteln nach Mega-Großprojekten dieser Art, sehen die lokalen Verantwortlichen noch eine Lösung, um bestehen zu können im globalen Wettbewerb mit anderen Städten um ansiedlungswillige Unternehmen, Arbeitsplätze & Prosperität.

In solchen „Bigness“ Projekten soll die globalisierte Welt ihren räumlichen Ausdruck finden. Keine Rücksicht mehr! Unter diesem Motto sollen „Stadtentwicklungsprojekte nicht mehr einfach von ihrer Größe her an ihr jeweiliges Umfeld angepasst werden, sondern sich ihr Umfeld neu erschaffen“. Kolateralschäden wie die Entrechtung der Bürger an kommunalen Entscheidungen mitzuwirken, die Reduzierung des Bürgers auf seine Konsumentenrolle, die Unterordnung von sozialen Belangen und die Zerstörung von gewachsenen

Stadtstrukturen werden in Kauf genommen und als Sachzwang der Öffentlichkeit verkauft.

Alles glatt! Keineswegs!

Park Fiction

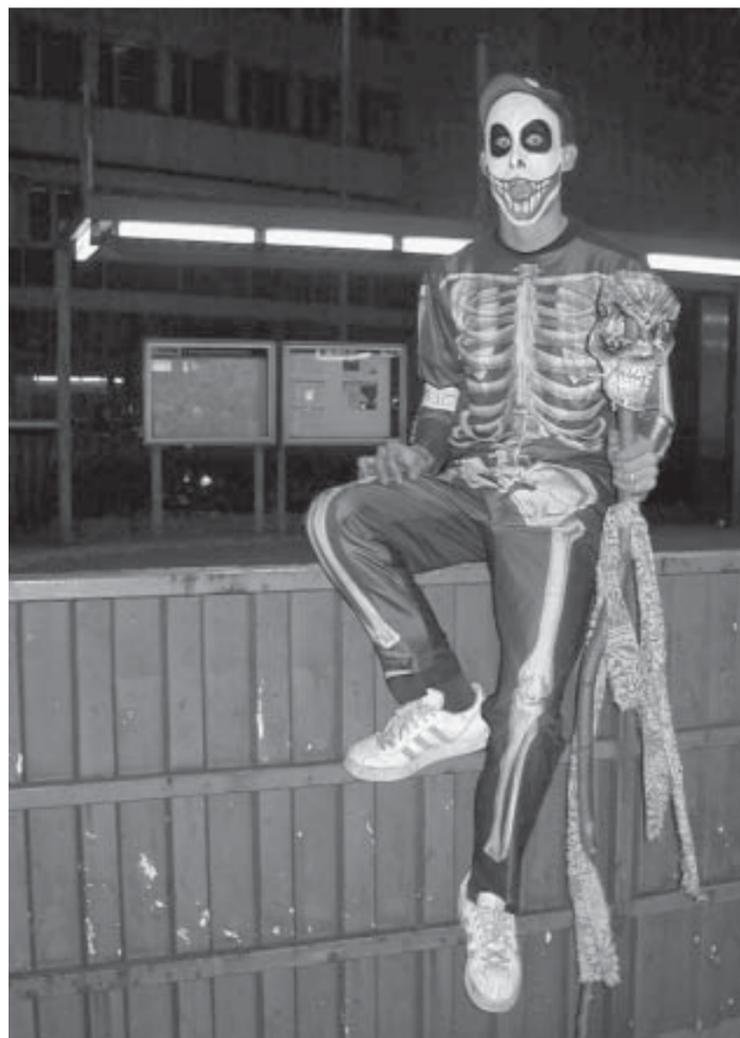
Im Mittelpunkt der Machbarkeitsstudie für Olympia 2012 steht ein Filet-Stück städtischen Raums, das seit der Pleite des Europa-Viertels weiter brach liegt zwischen Messe und Gallus und nun als „olympisches Dorf“ ins Gespräch gebracht wird. Dazu sagen wir: NOlympJA! JA, bauen wir uns ein Dorf in unsere Stadt! Schlagen wir unsere Zelte auf dem Europaacker auf! NEIN zu BIGNESS-Baustellen für Global Players! Stellen wir eine große Info-Box wie in Berlin Mitte direkt neben dem Messe-UFO auf, in der alle gescheiterten Groß-Projekte der Firma Frankfurt zu sehen sind: *Boulevard of Broke Brokers, Platz der verpatzten Fusionen*.

Wir sind froh, dass die Deutsche Bank uns keine Stadt schenken darf, oder Stadtbeamte hier ihre altbackenen „Frankfurt braucht ein Musical“-Vorstellungen verwirklichen können. Wir wollen nicht das andere Players ihren Central Park abwerfen oder das olympische Komitee

Holzhoehäuserblöcke, wir wollen HIER unseren VOLXPARK JETZT! Keine halb privat – halb öffentlichen Sachen! Eine permanente autonome Zone, einen Zaubergarten der Lüste & Wünsche, einen gemeinsamen Traumraum: Park & Politik als „kollektive Wunschproduktion“: *Die Wünsche aus den Wohnzimmern holen! Sie werden nervös. Sie haben es satt, das Leben im Halbdunkel. Sie wollen raus, in die Stadt. Sie wollen andere Wünsche treffen, sich streiten, produktiv werden, auf der Straße tanzen, wollen sich Federboas umhängen, einen neuen Plan über die Stadt legen, auf den Dächern Pirouetten drehen, sich verketteten und verknüpfen, grausame Maschinen bilden, als glitzernde Rudel durch die Häuser rocken, Aktenordner aus den Regalen reißen und sich erfreuen, wie 400 Büroische die Glasfassade eines Hochhauses durchbrechen und als Wasserfall herabstürzen...* (PARK FICTIONS: Margit Czenki / Christoph Schäfer, Hamburg).

◀▶ weiter auf Seite 7

Park fiction
⇒ mitglied.lycos.de/FutureCityHamburg/park_fiction_01.html



Konservativer Roll Back Die frankfurter Kommunalpolitiker auf neuen, alten Pfaden

Provinz ist, wo man sie sich macht. In Frankfurt zum Beispiel, wo man mit dem Hinweis auf Altsachsenhausen und Bankenviertel stolz damit kokettiert, wie nah Dorf und Weltstadt doch beieinander liegen.

Zufall ist es jedenfalls längst nicht mehr, wenn bei der Behandlung künstlerischer Projekte jenseits des Mainstreams ebenso wie im Umgang mit Portikus, TAT, dem designierten Opernchef Loebe oder dem resignierten Museumsdirektor Bradburne und zuletzt und vor allem in der peinlichen Diskussion um William Forsythe auf jeden einigermaßen hilfreichen Schritt zwei destruktive Schachzüge folgen. Unfähigkeit, Überforderung und Dilettantismus jedoch sind zunehmend nur die (sicher unfreiwillige) Maskerade für durchaus sehr bewusstes Handeln: Zwei Tendenzen der gesamten deutschen Politiklandschaft prägen mehr und mehr auch den Umgang mit der Kultur: neoliberales Marktdenken und konservativer Roll Back.

Dass sich alles, auch die Kunst,

rechnen müsse, ist nicht nur eine aus der Not knapper Kassen geborene Auffassung. Es ist eine Weltanschauung, die nicht einfach verschwinden wird, wenn sich die Stadtsäckel wieder füllen sollten. Zunehmend bestimmen Investoren, welche Kunst die Stadt braucht – und haben es, mangels wirksamer Gegenwehr, nicht schwer, sich durchzusetzen. Statt beispielsweise alternativen Theater- und Kunstprojekten in der Naxoshalle eine Chance zu geben, wird lieber mit einem Fitnessstudio verhandelt (und eine harmlose Kabarettbühne lässt sich als Feigenblatt instrumentalisieren). Beim Frankfurter Hof drohten die Investoren gleich mit Absprung als sie hörten, dass auch Raum für junge Kunst erhalten bleiben sollte: „Weil sich das nicht verträgt mit hochwertigem Wohnraum“ (FR vom 26. 5. 02). Und sofort ist vom geplanten Atelierprogramm der Stadt keine Rede mehr.

Auch deshalb ist der Fall Forsythe so brisant und tief bis in die Off-Szene hinein gefährlich: Denn sein

Ballett wird von vielen Firmen tatsächlich als Wirtschaftsfaktor gesehen, ist ein Exportschlager, weltweit mit Preisen ausgezeichnet. Das Verhältnis von Eigeneinnahmen und Gesamtetat ist ungewöhnlich gut. Die Abwicklung einer solchen Institution wäre ein Präzedenzfall: Wer das Frankfurter Ballett abschaffen kann, kann künftig alles abschaffen. Insofern muss man – makaber genug – froh sein, dass sich die lokale Kulturpolitik für dieses Mal an einem austobt, der sich wehren kann wie kein anderer Frankfurter Künstler. Sollte sich die Politik hier allerdings durchsetzen, wird die Luft in ähnlichen Auseinandersetzungen künftig ziemlich dünn.

So sehr Geld also eine Rolle spielt, der Glaube an die Wundermittel des Neoliberalismus auch in der Kultur erklärt längst nicht alles. Denn die realen Einsparungen ob beim Ballett oder beim traditionsreichen TAT, dem, fast schon unbemerkt im Schatten der Forsythe-Diskussion, nun wohl auch der Garaus gemacht

wird, sind letztlich gering. Unter dem Sparvorwand zeichnet sich vielmehr ein konservativer Roll Back ab. Längst muss sich keiner und auch kein Kulturpolitiker mehr schämen, unverhohlen klassisch-museales Ballett zurückzufordern. Hübsch soll die Kunst aussehen, nicht wehtun und geeignet sein, für schöne Abendgarderobe – das gilt fürs Ballett wie für den Club-Abend. Der Zuschaueruff „Kann mir das mal einer erklären“ nach gerade zehn Minuten Aufführung im Schauspielhaus ist symptomatisch: Ignoranz ist schick. Um bürgerliche Bildung geht es dabei weit weniger als um die Bereitschaft zur manchmal auch unbequemen Auseinandersetzung.

Es hat sich etwas verändert, und wenn die CDU-Kulturpolitikerin Prinzessin von Hannover sich nicht geniert, Forsythe gegen klassisch-museales Ballett eintauschen zu wollen, dann ähnelt das – in einer anderen Szene – der Forderung nach einer politikfreien Nachttanzdemo und klinisch sauberem Nightlife-Spaß.

Öffentliche Räume sind diskursive Orte – und deren Verlust zeigt sich eben nicht nur durch Kameras auf der Konstablerwache und Privatisierungsgelüste der Zeil-Geschäftsleute. Die Abschaffung des Diskurses ist Leitmotiv in der Sicherheits- wie in der Kulturpolitik. Das gilt für die Zielsetzung wie für deren Umsetzung: Die Türen bleiben stets geschlossen; geheimnisvolle „Stimmen aus der CDU“ fordern angeblich Forsythes Entlas-

sung oder die Schließung des TAT, geheimnisvolle „Stimmen aus der SPD“ stimmen dem zu, wollen dies, wollen jenes. Nachfragen werden mit dem Hinweis auf laufende Beratungen abgeblockt, Mitdenken ist nicht erwünscht. Doch das anonyme Versteckspiel hinter den drei Buchstaben der Partei ist nicht nur stilllos, es ist symptomatisch für die Abschaffung eines öffentlichen Raumes, vielleicht sogar des wichtigsten öffentlichen Raumes: der Demokratie.

Und so sind der Fall Forsythe, der Fall TAT, der Fall Portikus mehr als nur der Fall Forsythe, der Fall TAT, der Fall Portikus. Die Strukturen von Kunst (die Unterscheidung zwischen Off- und Hochkultur ist längst anachronistisch) sind insgesamt bedroht vom Eigentümergebaren der Politik und der Wirtschaft.

Vielleicht also ist es ja an der Zeit für einen gemeinsamen Generalstreik. Auf jeden Fall aber ist es an der Zeit, nicht mehr auf jedes kulturpolitische Fiasko zu reagieren, als wäre es isoliert zu verstehen und zu bekämpfen. Und es ist an der Zeit, sich wieder ein bisschen Pathos in der Verteidigung von Kunst zu gönnen. Und sei es nur, um auch das Recht auf Sentimentalität nicht allein der schwanenseesüchtigen Gegenseite zu überlassen: No Paserán.

Florian Malzacher

⇒ www.sign.de/forsythe/



Frankfurt ist eine Stadt mit Weltruf und konkurriert mit Metropolen wie New York, Paris oder London – so will man es den BewohnerInnen Frankfurts und Investoren immer wieder glauben manchen. Was mancheR als kleinbürgerliche Selbstüberschätzung abtut, ist jedoch sowohl Programm als auch Ausdruck von Veränderungen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenhänge:

Die Unternehmensstrategien sind seit der Krise der 70er Jahre auf die günstigsten Bedingungen für alle Teile der Produktion ausgerichtet und so wird für jeden Teil des Herstellungs- und Verwertungsprozesses weltweit der günstigste Standort gesucht. Dies führt neben der Verwüstung und Ausbeutung weiter Teile der Welt zur Konzentration von unternehmerischen Lenkungsfunktionen in den großen Industriestaaten. In diesen „globalcities“ konzentrieren sich die Firmenzentralen der internationalen Konzerne und die auf sie bezogenen Dienstleistungsangebote wie Banken, Unternehmensberatungen, internationale Anwaltskanzleien und WirtschaftsprüferInnen

etc. Dazu gehört auch der direkte Zugang zu den internationalen Finanzmärkten, wie er hier mit der Frankfurter Börse gegeben ist. Diese neuen Metropolen stehen in den Konzentrationsprozessen zueinander in Konkurrenz um die Ansiedlung der Zentralen der sogenannten „Global Players“. Frankfurt wird bisher zwar nicht als „Weltstadt“ ersten Ranges, mit seinem Umland und der Region Rhein-Main aber meist als Weltstadt 2. Ranges bezeichnet.

Zum politischen Programm wird die „Weltstadt“, wenn mit der Ansiedlung von Unternehmen die Hoffnung auf ökonomischen Wohlstand verbunden wird. Dieser Wohlstand wird mit direkt und indirekt von neuen Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätzen und deren Steueraufkommen verbunden. Deswegen scheint es, so die landläufige Behauptung von Politik und Wirtschaft, erstrebenswert, mit einigem Einsatz an diesem Wettbewerb um Investoren teilzunehmen und die Stadt Frankfurt entsprechend den Bedürfnissen internationaler Investoren umzugestalten. Welches diese Bedürfnisse genau sind, fällt auch

den VertreterInnen von Unternehmen schwer, übereinstimmend zu erklären. Auf jeden Fall gehört dazu die Anbindung an ein internationales Luftdrehkreuz (Flughafen) und die freie Standortwahl der Investoren mit möglichst wenig städtebaulichen Beschränkungen (wie z.B. Höhenbeschränkungen für Hochhäuser etc.) und schnellen Dienstleistungen von Verwaltung (z.B. Baubehörde) und Politik. In all diesen Bereichen hat die Frankfurter Politik in letzter Zeit große Anstrengungen unternommen und einige „Erfolge“ erzielt, was besonders durch die vielen Baustellen sichtbar wird. Dazu gehört aber auch ein renommiertes Angebot an Kultur, um internationalen Führungskräften ein Wohnen in und an der „Weltstadt“ schmackhaft zu machen (Was in Frankfurt wohl eher zum Kleinstadtgezänk ausgewachsen ist). Oder großangelegte Wohngebiete für die obere Mittelschicht, natürlich ohne sozialen Wohnungsbau (z.B. Riedberg oder Deutschherrenviertel)

Gleichzeitig aber führt dies zu einer städtischen „Ordnungspolitik“, die keinen Versuch unternimmt,

soziale Ausgrenzung zu verhindern oder auch nur zu verwalten, sondern vielmehr Randgruppen und sozial Schwache aus dem Stadtbild verbannt. Obdachlose und sozial Randständige haben in diesem Stadtbild keinen Platz und werden vielmehr als Bedrohung empfunden und durch die Stadt getrieben. Aber nicht alle Mittel der Vertreibung sind offensichtlich: Nicht mehr vorhandene Sitzbänke, scharfe Kanten auf Mauern, die als Sitzplatz dienen könnten, sowie die Unwirtlichmachung von Plätzen fallen kaum mehr auf. So wird der Aufenthalt von Menschen, die entweder keine zahlungskräftige Nachfrage bedeuten, oder von den über diese Verfügenden als störend empfunden werden, unterbunden. Die aktive Vertreibung schreitet voran, einerseits durch immer neue Anstellungen von Sicherheitsbeamten im Ordnungsamt, andererseits durch die öffentliche Mitfinanzierung privater Sicherheitsdienste etwa in den Bahnhöfen oder durch die Aufstellung von Videoüberwachungskameras mit der Konsequenz der Verfolgung, Kriminalisierung und Verdrängung wie

beispielsweise an der Konstablerwache.

Diese Strategien werden doppelt wirksam. Neben ihren direkten Effekten kosten sie Geld, das in anderen Bereichen nicht mehr zur Verfügung steht und zu immer neuen Einschränkungen führt. So werden in weiten Bereichen der sozialen Leistungen immer wieder gekürzt und Personal entlassen. (Im „Ausländeramt“ ziehen sich morgens die Schlangen bis auf die Straße, ohne das an eine Ausweitung des Personals oder eine Reduzierung des bürokratischen Aufwandes von Seiten der Politik gedacht wird). Damit schaffen diese Strategien die Sachzwänge selbst, die immer wieder neue Einschnitte rechtfertigen.

Dieses Programm der „Weltstadt“ wirkt sich aber nicht nur in Vertreibung und Kriminalisierung von Randgruppen aus, denn in ihm ist auch kein Platz für Alternativen.

Dietmar Flucke
(d.flucke@web.de)

Infos über die deutsche Sicherheits- und Ordnungspolitik
⇒ www.safercity.de

Politics as usual? Szenen zwischen Partizipation und Repression

Im Sommer 2001 wurden Demonstrationen angemeldet und verboten, Beschwerden eingelegt und verworfen, mit den Versammlungsbehörden verhandelt und gegen deren Vorgaben verstoßen... Was sich wie eine Chronik des Patchworkprotests à la Attac anhört, traf im letzten Jahr auch auf einige Projekte der Techno-Szene zu. Insbesondere in den Auseinandersetzungen um Fuck- und Love Parade manifestierte sich die ordnungspolitische Tendenz, die gewohnheitsrechtliche Beanspruchung des Demonstrationsstatus für street parades wieder zurückzunehmen. Während einige Vertreter der betroffenen Veranstaltungen bereits davor warnten, dass diese Strategie im Erfolgsfall auch die Durchführung ähnlich konzipierter Events zwischen Party und Politik gefährde, waren andere noch davon überzeugt, dass nur die durchkommerzialisiertere Love Parade dem Verdikt (zu Recht) zum Opfer falle. Bedauerlicherweise hat sich diese Ansicht, die die symbolische Bedeutung der Love Parade zu gering und die Differenzierungsfähigkeit von Justiz und Politik zu hoch einschätzt, als falsch erwiesen. Fast mutet die Verweigerung des Demonstrationsstatus für die Love Parade und der halbherzige Einsatz ihrer Veranstalter für die berechnete Berufung auf

die Demonstrationsfreiheit wie ein Dammbuch an. Je nach Gusto der jeweiligen Lokalpolitik stehen nun nicht nur Paraden wie etwa einzelne Demos anlässlich des Christopher Street Day zur Disposition, sondern auch das Vorgehen gegen vermuteten Drogenkonsum in Clubs und bei Raves hat sich verschärft. Was bleibt also nach dem Backlash in der Spaßgesellschaft?

Zunächst einmal sollten diejenigen, die eine Parade nicht nur als Freiluftvergnügen verstehen, unbeeinträchtigt an dem Anspruch, eine Demonstration durchzuführen, festhalten. Natürlich bedarf es dazu auch einer inhaltlichen Aussage, aber an politisierbaren Konfliktlinien mangelt es in den betroffenen Szenen nun wirklich nicht. Viele Veranstaltungsorte sind von bürokratischen Reglementierungen oder baulichen Begehrlichkeiten betroffen, die durchaus der demonstrativen Thematisierung wert sind. Dies zeigen vor allem die Fuckparade sowie die Nachttanz-Demos, die darüber hinaus durch die Zuordnung zu übergeordneten Themenfeldern wie etwa der restriktiven Reglementierung des öffentlichen Raums Berührungspunkte zu anderen gesellschaftlichen Akteuren aufweisen. Wenig erfolgversprechend erscheint demgegenüber die Strategie, kleinste gemeinsame Nenner zu

artikulieren, wie es die diesjährige Love Parade mit dem Motto „Access Peace“ andeutet. Wer aber eine entsprechende Agenda hat, der sollte in der Wahl der Mittel der Meinungskundgabe verhältnismäßig frei sein; auch wenn die Hüter der reinen Demonstrationslehre versuchen, Veranstaltungen, die offensichtlich aus der Reihe tanzen, durch Verweis auf konventionelle Protestphänomene (Ansprachen, Flugblätter, Gesinnungsästhetik) zu disziplinieren. Es muss immer wieder versucht werden, diese Berechtigung argumentativ zu erstreiten oder in letzter Instanz einzuklagen. Hier gilt es mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, die ähnliche Veranstaltungen organisieren (z.B. die Job Parades der Gewerkschaften anlässlich des 1. Mai) zu kooperieren und zu betonen, dass hier auch die Grenze zu denen verläuft, die letztendlich konservative Vorstellungen der Störung von Ruhe und Ordnung haben und deshalb durch ordnungsrechtliche Vorstöße das Versammlungsrecht verschärfen wollen.

Sollen solche Aktionen glaubhaft und politisch wirksam sein, bedarf es aber nicht nur des rituell vorgebrachten Appells. Indirekt legitimieren sich andere Träger ähnlicher Veranstaltungen ja auch durch den Verweis auf ihre alltägliche politische Praxis. Ein Beispiel für dieses Defizit kann die Drogenpolitik sein: Wenn gerade wieder ein Club ge-

schlossen oder ein Rave von polizeilichen Maßnahmen behindert wird, ist die spontane Empörung der Betroffenen groß. Trotzdem hat sich die Techno-Szene in den letzten Jahren auf Formen der Selbsthilfe zur Regulierung der Risiken des Drogenkonsums beschränkt, statt ihr Interesse an einer Veränderung der gesetzlichen Grundlagen gegenüber den Vertretern des politischen Systems zu artikulieren. Erste Ansätze einer institutionalisierten Interessenvertretung gibt es bislang nur dort, wo auch wirtschaftliche Motive von Veranstaltern tangiert sind. Solange aber den professionellen Organisationseliten das Feld im kommunalen Kulturkampf überlassen wird, bleibt der Verdacht, es handele sich bei den betreffenden Issues um Fragen der Standortpolitik. Genau in diese Falle ist die Love Parade mit ihrer pragmatischen Argumentation hinsichtlich des ökonomischen Nutzens der Veranstaltung für die Stadt Berlin gegangen und muss sich jetzt mit ihrem Status als Straßenfest für eskapistisch bis voyeuristisch veranlagte Erlebniskonsumenten begnügen.

Es bleibt also die Aufgabe, die temporäre Partizipation in gegebenen Freiräumen durch die dauerhafte Repräsentation der jeweiligen Anliegen zu ergänzen. Wird die Möglichkeit der Wahlfreiheit als ein wesentliches Kriterium zur Charakterisierung von um eine kulturelle Praxis zentrierten Szenen verstanden, resultieren aus deren Be-

schränkung eben auch Phänomene der Politisierung. Diese lassen sich mit dem Soziologen Zygmunt Baumann folgendermaßen resümieren: „Die deutlichste soziale Spannung unter postmodernen Bedingungen ist die zwischen Verführung und Repression: zwischen Wahlfreiheit und fehlender Wahlfreiheit, zwischen der Fähigkeit zur Selbstkonstitution und aufgezwungenen Kategorisierungen, die als beschränkend und lähmend empfunden werden.“ Aus dieser Konstellation könnte sich eine Koalition ergeben, die über konkrete Protestanlässe hinaus eine gemeinsame Politik der Anerkennung unkonventioneller Formen politischer Artikulation verfolgt.

Erik Meyer
(erik.meyer@sowi.uni-giessen.de)



Staatlich geprüfte Demos? Der Versammlungsfreiheit droht die Zensur

Mit den Forderungen nach einer Verschärfung des Demonstrationsrechts, gehen führenden Innenpolitiker der Länder und des Bundes derzeit hausieren. Dieser Frontalangriff auf das Grundrecht der Versammlungsfreiheit geschieht neuerdings im Namen des Antifaschismus. Gleichwohl ist allen Vorschlägen eines gemeinsam: sie sind Teil einer autoritären Politik. Und am Ende der aktuellen politischen Auseinandersetzungen könnte die Auslöschung eines fundamentalen Grundrechts stehen.

Zunächst einmal hatte der Umzug des Bundestages von Bonn nach Berlin eine relative Verbesserung für das Demonstrationsrecht bewirkt. Im August 1999 wurde die Bonner Bannmeile durch die sogenannten „befriedeten Bezirke“ um den Reichstag ersetzt: das Gebiet, in dem Demonstrationen generell verboten waren, wurde stark verkleinert und zum anderen wurde das Verbot zeitlich und in seinem Anwendungsbereich begrenzt.

Das neue Rollback wurde vom Berliner Innensenator Werthebach mit dem Vorschlag angestoßen, das Konzept Bonner Bannmeile nun für die Berliner Innenstadt neu aufzulegen. An Bauwerken von „historischer“ oder „nationaler Bedeutung“ wie etwa dem Brandenburger Tor solle ein generelles Demonstrationsverbot eingeführt werden. Während Werthebach ein Jahr zuvor noch die „Störung des Straßenverkehrs“ und „die Folgekosten von Demos“ geltend machte, ist er nun scheinheilig auf eine antifaschistische Rhetorik umgeschwenkt. Außerdem würden Nazi-Aufzüge an „symbolträchtigen Orten“ dem „Ansehen der Bundesrepublik Deutsch-

lands“ schaden. In Wirklichkeit ist es Werthebach jedoch völlig egal, mit welcher Begründung das Demonstrationsrecht ausgehebelt wird. Demos werden als Störfaktor angesehen und sollen an öffentlichkeitsträchtigen Orten unterbunden werden. In der aktuellen Debatte will man nun mit der Legitimationsfigur der „Wehrhaften Demokratie“ den notwendigen moralischen Druck erzeugen, derartige Vorschläge durchzusetzen. Würden Werthebachs Verbotszonen kommen, so ließe sich eine völlige Entgrenzung solcher Demonstrationsverbote kaum verhindern. Es gibt unzählige Orte und Bauwerke, die historisch bedeutsam sind. Welche davon ausgewählt würden, wäre völlig willkürlich.

Jenseits derartiger Verbotszonen stehen jedoch auch Regelungen zur Debatte, mit denen Demonstrationsverbote unabhängig vom Ort durchgesetzt werden sollen. Wiederum Werthebach schlägt vor, Demonstrationsverbote zuzulassen, wenn die Beeinträchtigung „außenpolitischer Interessen“ drohe. So ließen sich allerorten Nazi-Aufmärsche verbieten. Doch was sind denn die „aussenpolitischen Interessen Deutschlands“ und wer bestimmt diese? Hier wird die Wahrnehmung von Grundrechten von den nationalen Staatsinteressen abhängig gemacht. Und die werden von der Bundesregierung je nach politischer Großwetterlage festgelegt. Praktisch würde sich das beispielsweise so auswirken, dass man jede kritische Demonstration gegen einen ausländischen Staatsgast verbieten könnte.

Die Landesregierung von Mecklenburg Vorpommern hat wiederum ganz eigene Vorstellungen von



künftigen Verbotsregelungen. Verbote sollen dann möglich sein, wenn die „Menschenwürde“ in Frage gestellt würde. Auch dies stellt eine denkbar unklare Bestimmung dar. Man würde damit der Behörde quasi einen Freibrief geben, den inhaltlichen Maßstab zu definieren, in dessen Rahmen sich Demonstrationen zu bewegen hätte.

Während Innenminister Schily derzeit noch aus den verschiedenen Ansätzen der Länder selbst eine Gesetzesvorlage bastelt, könnte das Bundesverfassungsgericht eine Gesetzesänderung bereits überflüssig gemacht haben. Im Januar 2001 hat das Gericht das Verbot einer rechtsextremen Demonstration am 27. Januar (Holocaust-Gedenktag) im Eilverfahren für rechtmäßig erklärt. Die Nazi-Kundgebung habe „Provokationswirkung“ und es bestünde eine „Gefahr einer erheblichen Beeinträchtigung des sittlichen Empfindens der Bürgerinnen und Bürger“. Damit bringt das Bun-

desverfassungsgericht die „öffentliche Ordnung“ ins Spiel: Wenn „Sittlichkeit“ im Sinne der „öffentlichen Ordnung“ nun ausreicht, um Demos zu verbieten, dann braucht man keine neuen Generalklauseln mehr. Man hat den moralischen Gradmesser bereits, mit dem man künftig Demonstrationen verbieten kann.

Es ist kein Zufall, dass das Bundesverfassungsgericht gerade jetzt den Grundrechtsabbau juristisch absegnet. In der aktuellen Debatte zeigt sich, dass mit der Berufung auf die „Wehrhafte Demokratie“ Freiheitsbeschränkungen durchsetzen lassen, die ansonsten nicht machbar wären. Die Folge für das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit wären fatal. Denn nur wenn nicht die Herrschenden entscheiden, welche politischen Meinungen in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden dürfen und welche nicht, ist eine demokratische Meinungsbildung überhaupt möglich. Nur so hat die Position einer Minderheit die Chan-

ce, Mehrheitsmeinung zu werden. Denn jede Form der Zensur von politischer Meinungsäußerung, ist immer ein strukturelles Machtinstrument der Mächtigen.

Wie die Diskussion um das Versammlungsrecht ausgehen wird, ist noch offen. Damit am Ende nicht die faktische Abschaffung eines weiteren Grundrechtes steht, muss zumindest das Bürgerrechtsspektrum entschieden Widerstand leisten.

Marei Pelzer
(marei@jungdemokraten.org)

Ende der Spaßgesellschaft

„Achtung, Achtung, hier spricht die Polizei. Ich fordere die auf der Fahrbahn Albrechtstraße befindliche Personengruppe auf, die unerlaubte Ansammlung zu beenden, auseinanderzugehen und sich in Richtung Reinhardtstraße zu entfernen. Sollten Sie nach der letzten Aufforderung sich nicht entfernt haben, wird körperliche

Zwar waren die Eingänge zuvor behördlich versiegelt worden, Polizeistreifen patrouillierten schon Tage vorher um den Bunker herum, doch stellte es für die Veranstalter kein Hindernis dar, durch eine übersehene, unversiegelte Tür einzudringen und am Abend subversiv mit Handys bewaffnet kleine Gruppen

und körperliche Gewalt gegen Tänzer androhen, damit hatte allerdings niemand gerechnet. Anders als bei der Lärm-Demo in Frankfurt am Main ein halbes Jahr später kam es jedoch nicht zur Eskalation, und wir fanden uns im Eimer bei einem Digital Hardcore-Konzert wieder. Die rechtliche Schwelle von der Ansammlung zur Spontandemonstration haben wir damals knapp verfehlt – wer dachte von uns schon an Demos? Das war etwas aus den 80ern und von alten Gewerkschaft-

gen die Drogenhysterie und Clubschließungen nach Razzien auf die Straße zu gehen, den erstaunten Touris auf dem Q-Damm zu zeigen, dass sie vor dem, was sich sonst nur in den berühmten Techno-Diskos abspielte, keine Angst zu haben brauchten. Wer konnte ahnen, dass das darin enden würde, dass ausgerechnet U96 den ersten scheißkommerziellen Techno-Hit in den Charts landen würde? (Warum orientieren sich heute Techno-Videos an der sex-sells-Ästhetik von bitchy

Rap-Videos? Warum muß ich mir fette, gelangweilte DJ-Stars statt cooler psychedelisch-animierter Computergrafiken ansehen?) Spätestens 1996 war der Schritt der Love Parade in die Kommerzialisierung besiegelt und die wenigen, die mit Dr. Motte eine subtile Vorstellung von der politischen Dimension einer Demonstration hatten, konnten sich in der Masse ebensowenig artikulieren wie ihr Guru vor dem Mikro. Erste Diskussionen über den Demonstrationstatus der Love Parade wurden laut. Also machten wir unsere eigene Demo.



Gewalt gegen Sie angewandt. Dies ist die letzte Aufforderung. Null-ein-Uhr-dreizehn.“

Viele sprechen davon, dass die Fuckparade als Gegenbewegung zur Love Parade entstanden sei, aber das ist nur die halbe Wahrheit. Für mich wurde die Fuckparade geboren in einer lausig kalten Nacht am 14. Dezember 1996: Es sollte die letzte Nacht im Bunker werden, dem „hardest club on Earth“, unserem geliebten Betonklotz am Rande des Scheunenviertels. Nachdem der Bunker in den kreativen Jahren nach dem Mauerfall in einer rechtlichen wie städteplanerischen Grauzone existierte, wurde er im Sommer 1996 aufgrund „zu niedriger Decken“ geschlossen. Selbst die Notausgänge wurden als unzureichend angesehen, dabei habe ich nie im Leben zahlreichere und breitere Fluchttreppen als in diesem mehrere tausend Personen fassenden Luftschutzbunker aus dem Zweiten Weltkrieg gesehen. Umbaumaßnahmen wurden von der Oberfinanzdirektion als Eigentumsverwalter schlichtweg abgelehnt (absichtlich?), so dass sich die Betreiber in der klassischen Falle der Amtschere sahen und zum Aufgeben gezwungen waren. Nicht ohne sich einige Male dagegen aufzubauen: Die Party am 14. Dezember war als die definitiv letzte vorgesehen; ich sollte dort mit Gabba Nation, XOL DOG 400 und anderen Freunden zusammen aufliegen.



© OLM-Press / Moeder

in den unbeleuchteten Hof zu schleusen. Bedauerlicherweise war uns ein würdiger Abschied von unserem naßkalten zweiten Zuhause nicht gegönnt, denn schon vor elf rückte die Staatsmacht mit einigen Wannan an und räumte den Laden. Das passierte uns damals so ziemlich auf jeder zweiten Party und auch heute noch gelegentlich, aber in diesem Fall war es besonders schmerzlich. Noch Stunden danach standen etwas über hundert Gabbas verfroren auf der Straße, tanzten um XOL DOG's ollen Peugeot 106 und dessen fette Anlage herum und warteten ab, was die verbliebenen Wannan wohl machen würden. Wir dachten, sie würden irgendwann abziehen, und auch wir könnten dann mal nachhause gehen. Sich als RoboCops verkleiden

lernen mit Tränensäcken unter den Augen.

Wiederum im Eimer traf sich fast die gleiche Konstellation von Leuten drei Monate später zu „Ultra Core II“, ich pennte bei Cut-X in Kreuzberg, und wir unterhielten uns darüber, wie schade es ist, dass der Bunker geschlossen wurde. Auch auf die Love Parade konnte man schon lange nicht mehr gehen, nicht nur, weil dort kein Gabba mehr gespielt werden durfte: Gabba war seit der Kampagne von Frontpage als pröllig verschrien, die DJ-Götter der Love Parade hatten ihre obere Geschwindigkeitsgrenze erreicht und spielten jetzt gefälligen House oder „Intelligent Techno“. Bei der Love Parade 1993 fand ich es noch wichtig, ein Zeichen zu setzen und ge-



Eine Demo in Berlin anzumelden war nicht wirklich schwer. Ich rief bei der Polizei an und man sagte mir, ein formloses Fax würde genügen. Gegendemo zur „Loof Parade“ sei ja ganz schön, aber welche weiteren Inhalte gäbe es denn? Außer der Kritik an der Love Parade konnte man natürlich die Schließung des Bunkers und die drohende Schließung des Tacheles und anderer Orte unmöglich in einem räumlichen Vakuum begreifen, sondern nur im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung! Jahre zuvor hatte ich meine Liebe zum Scheunenviertel entdeckt, als ich knapp zwanzigjährig eine Touri-Führung mitmachte und mich ein zotteliger Hausbesetzer ansprach. Ich war total skeptisch, aber er wollte mir nur eine absurd-geniale stählerne Mobile-Installation in einem verrotteten Hinterhof zeigen, auf die er stolz war. So ähnlich wie das Tacheles, nur authentischer. Ich war begeistert! Und nun sollte das alles plattgemacht werden, damit ein paar Regierungsbonzes eine repräsentative Hauptstadt bekämen? Sterile Bürokomplexe werden nicht zu schöneren oder lebenswerten Plätzen, nur weil man ein paar Marmorsäulen davorknallt. Echte Kreativität und Innovation entsteht ganz von alleine in verrotteten Hinterhöfen und zotteligen Hausbesetzerköpfen, wenn man ihnen nur die Freiräume läßt.

Erwartungsgemäß stürzte sich die Presse überwiegend auf die scheinbar erstaunliche Tatsache, dass die Love Parade nicht die einzige gottgewollte Repräsentation des Techno auf Erden ist. Genauso sah man es aber als gottgegeben an, dass der Bunker geschlossen wurde und



Clubsterben – Realität oder falsche Marketingstrategie?

In Berliner Druckmedien wird in letzter Zeit immer häufiger das Thema Clubsterben als akutes Hauptstadtproblem aufgegriffen und polemisiert. Als Grundlage werden häufig subjektive und für den nachtaktiven Berliner recht oberflächlich erscheinende Recherchen benutzt, die eher den Eindruck eines fröhlichen Berichtserstattungsnotstandes erwecken als den von gut recherchierten, objektiver und fundierter Journalistenarbeit. Eine reißerisch klingende Titelzeile macht eben noch lange keinen guten Artikel.

Was ist also nun wirklich dran am neuen Berliner Clubsterben? Was genau wird eigentlich mit dem Begriff „Clubsterben“ umschrieben? Der Begriff an sich wirft schon einige Fragen auf, die nach einer Definition verlangen.

Club: [engl.] Vereinigung bestimmter Sozial- oder Interessengruppen zur Durchsetzung spezifischer Ziele,

heute häufig zu gesellschaftlichen oder sportlichen Zwecken. (Aus Meyers Taschenlexikon)

Sterben: Tod. Schluss mit Spaß. Das Leben ist vorbei, die bewusst-erlebte Zeit abgelaufen. Ewiges Ruhen.

Mag sein, dass es in der etablierten Clubszene tatsächlich so ist, dass die Umsatzkurven bedingt durch sinkende Besucherzahlen bei steigenden Unkosten nach unten abknicken. Aus wirtschaftlichen Gründen muss in einem etablierten Club nun einmal auf Beständigkeit und Langlebigkeit hingearbeitet werden. Wie sonst, wenn nicht mit einem runden langlebig lukrativen Konzept, kommt man an die nötigen Gelder, um einen großen Club zu eröffnen? Der Club soll an thematisch sortierten Abenden immer eine ähnliche Atmosphäre ausstrahlen und dadurch bedingt ein bestimmtes Klientel anziehen, welches sich mit dem jeweiligen Abend

identifiziert und sich wohlfühlt. Was bei diesen Konzepten oftmals fehlt, ist die Berücksichtigung der Weiterentwicklung in beidem, der Szene an sich und dem Besucher. Es gibt kaum ein Einschwenken auf neue Trends, man bleibt weiterhin beim bewährten Alten. Die Trendsetter verweigern sich den Trends. Seltener, da viele der angesprochenen Berliner Clubs doch ihren Ursprung in der „Off-Szene“ haben.

Es scheint somit, dass das beschriebene Clubsterben eher die großen Projekte betrifft, welche auch in eigenem Interesse die Diskussion um selbiges in Gang gesetzt haben. Vielleicht auch motiviert durch die Angst vor steigenden Unkosten bei sinkenden Besucherzahlen und erschrocken über die unzähligen, in Halblegalität existierenden Projekte, welche z.T. extrem hohe Besucherzahlen haben.

Selbstverständlich gibt es Clubschließungen aus den verschiedensten Gründen hier in Berlin. Es stellt

sich hier nur die Frage, ob die Clubs wie angedeutet wirklich ausschließlich der Willkür der Berliner Ordnungsorgane unterliegen und aufgrund widersinnig ausgelegter rechtlicher Regelwerke in die Illegalität verbannt und geschlossen werden, oder ob es die natürliche Evolution bzw. zum Teil auch eigenes Unvermögen innerhalb der Berliner Clubszene ist, die Clubs zum Schließen zwingt. Maria, WMF, 103, Glam, Deli, Goldmund-Lounge, Casino, E-Werk, Bunker, Zora... nur um ein paar Namen in willkürlicher Reihenfolge ins Spiel zu bringen. Nur am Rande: es soll auch das verfrühte Kündigung eines Miet- oder Nutzungsvertrags zum Verlust der Homepage geführt haben.

Ist die Berliner Polizei wirklich so hart und unnachgiebig im Auftreten wie in der Anfangsszene von *Tattoo* (ist übrigens meiner Meinung nach einer der schlechtesten neuen deutschen Filme der letzten Jahre und definitiv kein „Sehen-Muss“) dargestellt?

Teilweise schon. Veranstaltungen

werden mit einem übertriebenen Aufwand an polizeilicher Macht geräumt, die Veranstalter finden sich in Handschellen abgeführt auf der Wache wieder; nicht kooperative Gäste werden ebenfalls in Sicherheitsgewahrsam genommen. Selbst auf Privatparties steht schon mal um 21:30 Uhr die grüne Minna vor der Tür und droht, die Veranstaltung zu räumen und die PA zu beschlagnahmen. Das Auftreten der Polizei scheint auch in Abhängigkeit zum jeweiligen Stadtbezirk zu stehen. Im Friedrichshain und in Prenzlauer Berg ist es wohl eher Mode, massiv aufzutreten, in Mitte, Wedding und Pankow erscheint die Polizei schon mal verständiger und ist eher geneigt, ihren Ermessensspielraum im Durchsetzen gesetzlicher Bestimmungen auszunutzen.

Oder wird in manchen Medienberichten aus Unkenntnis und Ignoranz lediglich der Versuch gestartet, das Berliner Nachtleben in ein neues, für den Betrachter von Innen eher befremdlich erscheinendes, Licht zu setzen?



erwähnte es mit kaum einem Wort. Mit Slogans wie „gegen den Ausverkauf des Scheunenviertels“ konnte sowieso niemand etwas anfangen – inzwischen haben genügend Studien die Veränderung des Bezirks dokumentiert, es sollte niemand mehr schwerfallen, das nachzuvollziehen. Wir hatten ein Kommunikationsproblem. Ähnlich spektakulär wie die erste Inkarnation der Fuckparade, damals noch „Hateparade“ genannt (Love – Hate, Gegendemo – Gegensätze, you get the idea), wurde zwei Jahre später die Beteiligung von Wolle XDP aufgenommen, einem der Techno-Urgesteine aus Berlin. Nun wandten sich also auch schon die alten Kampfgenossen gegen die Love Parade – die 1999 schon sehr ausgefeilten Forderungen wollte wieder kaum jemand hören.

Erstaunlich naiv lesen sich heute aber auch unsere damaligen Pressemitteilungen. Der inzwischen im Zusammenhang mit Demonstrationskultur zum „Unwort“ verkommene Begriff „Party“ tauchte da noch regelmäßig auf. Natürlich war uns der Unterschied zwischen einer Party und einer Demo klar. Parties meldeten wir nicht an, wir machten sie spontan, ohne viel Streß, aber auch ohne viel politische Aussagen (außer der impliziten Subversivität, die zum Entstehen von „illegalen“ und „halb-legalen“ Parties führt). Hätten wir eine Party auf der Straße machen wollen, gäbe es sicher andere Wege als eine Demo, und sicher hätten wir sie nicht angemeldet! Demos konnten auch Spaß machen, es kamen genau die Leute, mit denen wir auch gerne Parties feierten – aber in erster Linie bedeuteten sie *Streß*. Demos waren dafür da, sich politisch zu äußern, es

war unser demokratisches Grundrecht und zugleich Pflicht.

Spätestens seit dem Gerichtsstreit von letztem Jahr ist dieser Umstand noch deutlicher. Zeitungen titelten „Verbot von Spaß und Fröhlichkeit“ (taz), „Eine Frage der Partyzipation“ (Frankfurter Rundschau) oder „Schurkenstaat? Keine Demo mit Musik“ (JL Frontpage), wenn sie nicht gar das „Ende der Spaßgesellschaft“ proklamierten (doch halt, das war zwei Monate später, vor Bush's Krieg in Afghanistan, Palästina und Kaschmir). Die Themen der Fuckparade sind weitgehend geblieben, aber der Schwerpunkt hat sich massiv gewandelt. Wir haben die Love Parade reformiert, weiteres Love-Parade-Bashing ist für uns kein Thema mehr. Stattdessen konzentrieren wir uns mehr auf unsere eigentlichen Anliegen, die wir konkretisiert haben: Wir demonstrieren für das „Recht auf Party“, für ein erleichtertes Konzessionsverfahren für temporäre kulturelle Projekte, für eine Ausnutzung des Ermessensspielraums der Polizei im Umgang mit Parties, für eine verantwortliche Stadtplanung, die sich nicht nur an den Interessen von Großinvestoren orientiert, gegen die Ausgrenzung und Kriminalisierung (sub-) kultureller Minderheiten, gegen Sicherheitswahn und einen Verlust des Öffentlichen Raums, gegen eine Beschränkung von Demonstrationen auf klassische Protestelemente, gegen Nazis!

Am 13. Juli, als Demo, nicht als Straßenfest. Wir wollen politisch etwas verändern, nicht Würstchen und Luftballons verkaufen.

Martin Kliehm / DJ Trauma XP
(trauma@bembelterror.de)

Die moderne Todesstrafe

Das Verbot von Haschisch ist albern, das von Heroin tödlich

Vorschläge zur Lösung der sogenannten „Drogenproblematik“ gibt es viele. Bei den meisten verschwindet jedoch die liberale Idee, dass es Dinge gibt, die den Staat nichts angehen – beispielsweise wie warm sich jemand im Winter anzieht oder ob er oder sie Rauschgift raucht, schnupft, isst, trinkt oder auch injiziert. Es verschwindet die Erkenntnis, dass die vielfältigen Benachteiligungen der Konsumentinnen, nicht durch die Einnahme von Drogen, sondern durch die staatlich festgelegten Konsumbedingungen hervorgerufen werden. Herrschende Drogenpolitik ist keine Frage von Vernunft, sondern von Gesinnung.

Dies zeigt sich auch an der Verknüpfung von rassistischen Vorurteilen und Beschreibung von Drogenwirkungen. So wurde Hasch als Droge charakterisiert, die unsere Jugend zu trägen Orientalen macht. In den USA wurde dieselbe Droge als „Niggerdroge“ denunziert, die Aggressivität, Aufruhr und Vergewaltigung der weißen Frauen zur Folge habe. Darüber hinaus wurde und wird die Einnahme von Drogen mit der leistungsverweigernden Subkultur in Verbindung gebracht und zu deren Hochzeiten besonders bekämpft.

Zur Selbstbestimmung gehört die Möglichkeit, sein Leben frei gestalten zu können und sich somit auch für Rauschzustände zu entscheiden;

auch wenn dies nicht den Idealen der Leistungsgesellschaft entspricht.

Das Betreiben von Suchtprävention zeigt, dass Drogenkonsum als Krankheit klassifiziert wird. Der Gesundheitsbegriff an sich steckt jedoch in einem Dilemma, er



Zuallererst: Legalize!

Ein wichtiger Schritt in Richtung Entkriminalisierung aller Drogen wäre zunächst, dass Cannabis legalisiert wird. In Anerkennung gesellschaftlicher Realitäten und wissenschaftlicher Erkenntnisse muss endlich Schluß sein mit einer veralteten Drogenpolitik.

Derzeit verliert man seinen Führerschein, wenn man Wochen alte Restbestände von Cannabinol im Blut hat und harmlose Hobbygärtner müssen um ihre Freiheit fürchten.

Drogenaufklärung sollte in der Schule anfangen, doch die Kriminalisierung der Drogen macht vernünftige Aufklärung unmöglich!

⇒ www.cannabislegal.de

kann nur als Mittel oder Zweck gesehen werden. Wird Gesundheit einerseits interpretiert als Mittel, das die Integration in bestehende Verhältnisse gewährleisten soll, so ist sie eben simpel herstellbar. Gesundheit ist hier nichts weiter als die Eigenschaft von „Leistungsträgern“, die mit dieser Zusatzqualifikation serienmäßig ausgestattet worden sind. Bläst man andererseits Gesundheit zum Ziel an sich auf, dann wird behauptet Gesundheit sei Abwesenheit von Sucht. Sucht sei verursacht durch

bestimmte missliche soziale Zustände oder psychischen Dispositionen. Was Sucht und Gesundheit sind, obliegt der Deutungsmacht des gesellschaftsplanerischen Fachmenschen.

Heroin führt automatisch zur Sucht

Das Bild in der Öffentlichkeit vom Heroin konsumierenden Junkie, der alle vier Stunden einen neuen Schuss braucht, ist nicht zuletzt medial geprägt. Nach den Mythen, macht jeder Heroinkonsum sofort süchtig. Dieser unterstellte Automatismus ist jedoch durch Untersuchungen längst widerlegt. Genauso wie bei Alkohol ist vielmehr eine Unterscheidung zwischen selbst bestimmten und individuell kontrollierbarem Heroinkonsum einerseits und -missbrauch andererseits wichtig. Auch bei Alkohol gibt es Suchtphänomene, diese entstehen jedoch nicht automatisch durch einen Genuss von Alkohol, sondern durch seine missbräuchliche Verwendung. Missbräuchliche Verwendung meint hier, dass der Konsument nicht mehr in der

Lage ist, Bedingungen und Umfang des Konsums zu steuern. Untersuchungen legen dar, dass Heroinkonsumenten, die Heroin nicht mit Fremden konsumieren, die Spritze nicht tauschen, konstante und bewährte Bezugsquellen haben sowie nicht in Kontakt mit Süchtigen stehen, sehr wohl einen kontrollierten Umgang mit Heroin pflegen.

◀ weiter auf Seite 7

nachtexpress **impressum:**

redaktion: philipp jacks, klaus bossert, matthias morgenstern, gogo kaimakamis, jan-paul grüner

authorinnen: alex karschnia, florian malzacher, dietmar flucke, erik meyer, marei pelzer, martin kliehm, moog t., daniel leise-gang, igl21, h., gogo kaimakamis, innenstadtgruppe ffm

satz und layout: klaus bossert, sketchpool.

fotos: toxic family und andere strassenfotografen

druck: caro druck frankfurt

auflage: 12.000 exemplare

Es macht sich im Übrigen kaum einer der Artikel über das Clubsterben die Mühe, neu entstehende Clubs, Wohnzimmer-Lounges oder Wochentagsbars zu erwähnen, so dass der schlecht informierte Leser wirklich den Eindruck erhalten muss, in Berlin gäbe es bald keine Avantgarde-Szene mehr, womit es einen wesentlichen Teils seiner Anzugskraft für internationale Club-Touristen verlieren würde.

Oberflächlich betrachtet mag das wirklich so erscheinen; die Realität sieht anders aus: Es findet eine Weiterentwicklung statt; einige Clubs schließen oder werden geschlossen – neue Clubs entstehen. Man fragt sich wahrlich, ob die betreffenden Schreiber überhaupt jemals Zeit gefunden haben, einen der erwähnten Clubs regelmäßig zu besuchen.

Die nicht etablierten „kreativen“ Veranstalter, welche teilweise auch in der etablierten Clubszene als Besuchermagnet fungieren, legen andere wirtschaftliche Maßstäbe – oftmals gepaart mit purem Idealismus – an. Die Veranstaltungsorte

sind auf Kurzlebigkeit ausgelegt oder gar nur zum Zweck einer einzigen Veranstaltung in Beschlag genommen. Die einzig beständigen Faktoren, auf die man sich allerdings auch nach monatelanger Abwesenheit verlassen kann, sind hier die Qualität der Veranstaltung und die bevorzugte Musikrichtung.

Ohne Ortsbindung und durch die überschaubare Kostenlast kurzzeitiger Projekte kann man als Veranstalter Abende wesentlich flexibler und kreativer gestalten als ein fest verankerter Club, der lediglich den DJ / Liveact oder das Video / Dia wechselt. Logisch werden die Kosten nieder gehalten, weil die zum Teil historisch verankerten und daher antiquierten gesetzlichen Bestimmungen der Gastronomie zugunsten von kreativer Veranstaltungsgestaltung ignoriert werden.

Theoretisch kann jeder seine individuelle kreative Ader sprießen lassen und eine eigene Wohnzimmerbar aufmachen.

Die Organisatoren solcher Veranstaltungen werden aufgrund der Übertretung des Gaststättenge-

setzes unnötig kriminalisiert und betreiben ihre Clubs unter der ständigen Bedrohung des Aufgedecktwerdens. Werbung kann daher, wenn überhaupt, nur bedingt und zielgruppenorientiert erfolgen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn auch die Politik auf diese neuen Trends reagieren würde und unter anderem die antiquierte Gaststättenverordnung den aktuellen Gegebenheiten anpassen würde. Wen interessiert es, ob pro Quadratmeter Raum 0,05 oder 0,01 Toilette vorhanden sind? Und wer macht sich Gedanken darüber, ob vor einer Bar oder einem Club genügend Parkplätze zur Verfügung stehen? Interessant ist hier auch die Parkplatzablösensumme, die gezahlt werden muss, wenn aufgrund der Lage eines Clubs keine Parkflächen vorhanden sind: Man kauft sich durch Zahlung einer nicht unbeträchtlichen Summe einfach frei – an der lokalen nächtlichen Parksituation ändert sich nichts.

Trotz aller Widrigkeiten haben die teilweise unter dem Deckmantel einer Galerie oder eines Vereins

betriebenen halb-legalen Veranstaltungen einen unerwartet hohen Durchlauf an Gästen pro Abend.

Auch die „gestorbenen“ Clubs scheinen das langsam zu realisieren und handeln entsprechend. Die 103-Macher betreiben nach der Räumung eine hippe neue Lounge in der Kastanienallee; das WMF reagierte nach der Schließung einerseits mit Vermietung der ehemaligen Räume für Veranstaltungen (XMF) und andererseits mit einer Delokalisierung ihrer Veranstaltungen (z.B. Anfang Juni war die WMF-Lounge Teil der internationalen „In-Transit“-Veranstaltungsreihe im Haus der Kulturen der Welt, und die Maria veranstaltet Abende unter dem Pseudonym „Maria im Exil“ unter anderem im XMF). „Off-Szene“-Veranstalter, wie z.B. Querilla, lassen sich nach der Räumung nicht beirren und machen weiterhin ihre Veranstaltungen.

Man kann also schlussfolgern, dass es es kein Clubsterben in Berlin im dargestellten Sinn gibt. Die Szene hier entwickelt sich seit Jahren schon im Zuge einer künstlerisch-

kreativen Evolution weiter, die etablierten Clubs haben den Zug verpasst und jammern ihren Gästen nach, die auf der Suche nach kreativeren Veranstaltern sind.

Raum hierfür gibt es gerade in Berlin mit seinen leerstehenden Investitionsruinen genug, man muss ihn nur entsprechend nutzen – und nutzen dürfen, wozu die politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen!

Moog T.
(moog_t@gmx.de)

Siehe auch z.B. Thomas Redekop in der taz vom 09.03.2002, „Vielfalt durch Kurzlebigkeit“:

⇒ www.taz.de/pt/2002/03/09/a0253.nf/text

Residenzpflicht abschaffen!

Ein König residierte in einem herrschaftlichen Schloss. Eine Residenz ist demnach der Ort gewesen, an dem der König in seiner Funktion als Herrscher sich aufhält und den Regierungsgeschäften nachkommt. Sicherlich ein Ort, zu dem damals nur wenigen Menschen Zugang gewährt wurde. Die amtsdeutsche Bezeichnung „Residenzpflicht“ ist daher glatter Euphemismus, bezeichnet es doch das genaue Gegenteil von dem, was mit einem ausgezeichneten und privilegierten Ort der Residenz ursprünglich gemeint war.

Die rassistische Residenzpflicht

Die Residenzpflicht wurde 1982 eingeführt. Sie gilt für Asylsuchende mit laufendem Asylantrag und beinhaltet eine Aufenthaltsbeschränkung in einem zugewiesenen Gebiet innerhalb der BRD. Das kann ein Landkreis oder auch ein Stadtviertel sein, in dem die Asylsuchenden gemeldet und untergebracht sind. Diesen Bezirk, in dem Asylsuchende untergebracht sind, dürfen sie für gewöhnlich nicht verlassen. Genehmigungen selbst für kurze Reisen sind nicht leicht zu bekommen und kosten Geld: rund ein Viertel ihres monatlichen Taschengeldes (durchschnittlich 40 Euro) müssen Asylsuchende zahlen, wollen sie ihren Bezirk verlassen. Für eine Genehmigung gibt es viele Gründe: die Familie, von der die Flüchtlinge getrennt wurden, der Arztbesuch oder einfach nur der Besuch von Freunden. „Es kommt darauf an, wie glaubhaft der Asylbewerber sein Anliegen macht.“ bringt es ein Sprecher des Wiesbadener Innenministeriums auf den Punkt. Allein der Besuch bei dem Anwalt ist kostenlos und muss nicht genehmigt werden. Noch teurer wird es, wenn die Asylsuchenden ohne Genehmigung außerhalb ihres Landkreises von der Polizei aufgegriffen werden. Bei einem Verstoß gegen die Residenzpflicht drohen dem Flüchtling nicht nur empfindliche Strafen zwischen 10 und 2600 Euro, sondern gleich auch Inhaftierung und Abschiebung bei wiederholtem Vergehen.

Weil es ihnen verboten ist, den Landkreis um ihre Flüchtlingsunterkunft zu verlassen, sind Asylsuchende erniedrigenden Polizeikontrollen ausgeliefert. Während dieser Kontrollen werden nicht alle Menschen, die sich z.B. in einem Bahnhof oder in einem Zug aufhalten, kontrolliert, sondern nur die, die Asylsuchende sein könnten. Somit finden die Kontrollen nach äußerlich sichtbaren

Unterschieden statt; man versucht Deutsche und Nicht-Deutsche ihrem Aussehen nach voneinander zu unterscheiden.

Auf der Grundlage von § 36 des AusländerG und § 56 des AsylverfahrensG werden Flüchtlinge kriminalisiert: Sie werden erkennungsdienstlich behandelt, unter Zwang fotografiert, ihre Fingerabdrücke werden abgenommen und eine Kriminalakte über sie angelegt. In den Polizeikontrollen, die sich gegen ihre grundrechtliche Bewegungsfreiheit richten, werden sie wie Kriminelle behandelt. Das ist die rassistische Realität eines rassistischen Gesetzes.

Manövriermasse Flüchtling

Vom Gesetzgeber erfolgte die Einführung des Gesetzes mit der Begründung, Asylsuchende sollten auf diese Weise jeder Zeit zur Durchführung des Asylverfahrens „greifbar sein“. Bereits dagegen lassen sich schnell Einwände finden. Denn die Vorgabe der Erreichbarkeit, der Berechenbarkeit des Aufenthaltsortes des Asylsuchenden also, macht – wenn überhaupt – nur dann Sinn, wenn die persönliche Anwesenheit des/der AntragsstellerIn aus unbestimmten Gründen erforderlich sein sollte. Sind aber Asylsuchende bei der Zustellung wichtiger Schriftstücke nicht anwesend, dann gehen eventuelle Folgen doch ohnehin zu Lasten der Betroffenen.

Des weiteren wird die Residenzpflicht und damit die Zuweisung eines Bezirkes, in dem der Flücht-

ling sich bis auf wenige Ausnahmen aufzuhalten habe, benutzt, um sie auf das gesamte Bundesgebiet gleichmäßig zu verteilen. Soziale Ausgaben sollen damit unter den Ländern und Kommunen den „Kontingenten“ entsprechend „gerecht“ aufgeteilt werden, damit niemand mehr zahlt als der andere – der Asylsuchende wird zur Manövriermasse.

Eine weitere Rechtfertigung ist nicht zuletzt die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, wodurch die „öffentliche Sicherheit“ besser geschützt und die Asylsuchenden für das Arbeitsamt besser erreichbar seien. Wieso es wichtig ist, dass Flüchtlinge für das Arbeitsamt erreichbar sind, obwohl sie kaum die Möglichkeit bekommen zu arbeiten, bleibt ungeklärt. Und das Sicherheitsargument offenbart das weit verbreitete ausländerfeindliche Vorurteil: Flüchtlinge sind potentielle Kriminelle, die man unter Kontrolle halten muss.

Bewegungsfreiheit ist nicht verhandelbar!

In einem Urteil kam das Bundesverfassungsgericht 1997 zum Ergebnis, dass die Residenzpflicht nicht gegen das Grundgesetz verstoße. Es sei mit den Grundrechten vereinbar, dass Verstöße gegen die Residenzpflicht bestraft werden. Dadurch, dass es die Möglichkeit der vorherigen Genehmigung gibt und Termine beim Anwalt sogar ohne Genehmigung möglich sind, sei der Flüchtling nicht übermäßig belastet.

Die Gründe für die Einführung der Residenzpflicht seien daher nicht zu beanstanden. Dem entgegen appellierte das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) mehrfach an deutsche Behörden und Gerichte, die Residenzpflicht zu überprüfen, weil sie mit internationalem Recht nicht vereinbar sei. Das Gesetz beschränke die innerstaatliche Bewegungsfreiheit und gefährde die freie Wahl des Wohnortes. Für das bürokratische Argument, damit „die Verschiebung von Sozialhilfelasten“ vermeiden zu wollen, gebe es keinen sachlichen Grund.

Die Residenzpflicht war und ist ein rassistisches Gesetz, das dazu dient Flüchtlinge, die nach Asyl fragen, einzuschüchtern und zu diskriminieren. Niemand darf daran gehindert werden, sich seinen Wohn- und Lebensort selbst nach seinen Wünschen auszusuchen.

Deshalb müssen Asylsuchende Menschen in Deutschland die gleichen Rechte haben, wie alle anderen hier lebenden Menschen auch. Es kann nicht sein, dass Menschen in Gefängnisse gesteckt werden und in ihren Grundrechten massiv eingeschränkt sind, weil sie in Deutschland den Schutz suchen, den sie in ihrer Heimat nicht mehr erhalten haben.

Daniel Leisegang
(daniel@demokratischelinke.net)

Kein Mensch ist illegal
⇒ www.contrast.org/borders/kein/



freedom of movement

„freedom of movement is our right“ – unter diesem motto fand während des „kein mensch ist illegal“-grenzcamps im letzten sommer eine demonstration vor dem ordnungsamt der stadt frankfurt bzw. der dort untergebrachten ausländerbehörde statt. über 1000 leute zogen vom hauptbahnhof in die mainzer landstraße, um vor dem gebäude in erster linie für die abschaffung der sogenannten residenzpflicht zu protestieren. flüchtlingselbstorganisationen hatten vor zwei jahren eine kampagne gegen dieses rassistische sondergesetz gestartet, das asylsuchenden untersagt, ohne sondergenehmigungen den ihnen zugewiesenen

landkreis zu verlassen. eine diskriminierende schikane, die im alltag wie auch für das politische engagement von flüchtlings einschneidende bedeutung hat.

„die inneren grenzen im visier“, dieser für das frankfurter grenzcamp kreierte slogan, behält auch in diesem jahr seine aktualität. denn einer der schwerpunkte des kommenden camps, das vom 12. bis 19. juli in jena stattfinden wird, liegt in der thematisierung der alltäglichen isolation und ausgrenzung von flüchtlings, ihrer prekären lebenssituation in den wohnheimen und den ständigen rassistischen kontrollen, zumeist durchgeführt auf grundlage eben dieser

„residenzpflicht“. „for freedom of movement“, für volle freizügigkeit, lautet – im umfassenderen sinne – auch die hauptforderung eines erstmals international vorbereiteten noborder-camps, wenn im direkten anschluss an jena, vom 19. bis 28. juli, in strasbourg die zelte aufgeschlagen werden. mittlerweile werden über 2000 aktivistInnen quer durch europa aus verschiedenen bewegungen in strasbourg erwartet, ein melting pot der multitude, wie unlängst auf einer veranstaltung formuliert wurde. wer nicht nach jena fährt, kann sich dem von dort kommenden konvoi richtung strasbourg vom frankfurter flughafen aus anschließen: am 19. juli, etwa gegen 14 uhr, wird diese karawane für freedom of movement dort gegen abschiebung und internierung de-

monstrieren, und anschließend das camp im zwei stunden entfernten strasbourg ansteuern.

h.
(ag3f, hanau)

www.igl21.de
(mail@igl21.de)

Aktiv gegen Abschiebung
⇒ www.aktivgegenabschiebung.de

Internationales noborder-actioncamp in Strasbourg, 19. bis 28. Juli 2002
⇒ www.noborder.org

5. Antirassistisches Grenzcamp in Jena, 12. bis 19. Juli 2002
⇒ www.nadir.org/camp02/

IGL 21. spezial Zieht euch warm an!

Der Frankfurter Sozialbericht, Teil 3: Wohnungsversorgung 2001 wurde in einer öffentlichen Anhörung, am 27.05.02 im Römer vorgestellt.

IGL 21. war da. Die Prognosen der Experts sind für die hier Lebenden, im mittleren und unteren Einkommensbereich, ernüchternd. Im wahrsten Sinne des Wortes: kein Tanz, keine Demo, keine Droge!

30% bis 40% des Netto Einkommens für die Wohnung, das Zimmer, das Wohnklo. Altbau kannst du dir aus dem Kopf schlagen. Und? Es kommt noch dicker.

Die Handlungsvorschläge liegen auf dem Tisch und die etwas vernünftigeren Alternativen liegen in den Schubladen, sagen die Experts.

Arbeitsplätze gibt's. Du bist der Souverän, entscheide dich.

Colosseo, Eigenheim oder sozialer Wohnungsbau, mit garantiertem rausschmiss.

Die Stimmen der Experts waren klar und unmissverständlich.

Das deckt sich auch mit den einjährigen Erfahrungen von IGL 21: Zwei Hauswiederbelebungen, 22 Ermittlungsverfahren wegen Hausfriedensbruch, von Pontius nach Pilatus, gute Presse, offene Ohren – aber ein Haus mit Garten steht noch aus.

Die Luft ist dünn, folgert IGL 21. Von der Viererbande im Römer erwarten wir uns keine politischen und sozialen Impulse. Die lassen sich eine cooperate identity aufschwätzen und haben dann kein Geld für den Briefkopf.

Vorsicht Falle!

Die einfache Frage ist, ungültig wählen oder nicht wählen? Die schwierige Frage ist, wie kommen die AktivistInnen in dieser Stadt zu materiellen Ergebnissen. IGL 21. will und braucht konkret, ein Haus. Die Symbolik allein reicht nicht aus.

Der Anfang ist gegeben und mit Walter Benjamin beflügelt: „Vergangenes historisch artikulieren heißt nicht, es erkennen wie es denn eigentlich gewesen ist. Es heißt, sich seiner Erinnerung bemächtigen, wie sie im Augenblick der Gefahr aufblitzt.“

In jeder Epoche muss versucht werden, die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen.“ (Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte, These 6) sieht IGL 21. gespannt den Monaten politischer und sozialer Aktionen in FFM-City entgegen.

Der im Frühjahr diskutierte Gedanke die angeplanten und beabsichtigten Aktionen miteinander zu verschränken, sich gegenseitig zu unterstützen und zivile Wut zu demonstrieren, kann uns am Ende des Jahres mit nicht ganz leeren Händen dastehen lassen. In diesem Sinne: auf gutes gelingen!



◀▶ weiter von Seite 1: **re.claim the game!****No Go!**

Schadenfreude. Dieser Mixtur aus Missgunst und Melancholie zu entkommen, die auf Seiten der Rest-Linken nach 1989 grassierte wie eine chronische Krankheit, war einmal der Antrieb gewesen, nach einem neuen politischen Stil zu suchen, einem Widerstand mit anderen Mitteln, der weder unsere kritische Intelligenz beleidigt noch unsere ausgeprägte Begierde nach Gutem Leben enttäuscht: *Besetzt die Nischen, beherrscht die Sphären / regiert die Nacht, verteilt das Geld!* Die Musik vom Blumfeld u.a. gehört ebenso zu den Polit-POP-Phänomenen der 1990er wie antinationale Wohlfahrtsausschüsse, Antifa Street War und explicit HipHop, direkte Antira-Aktionen und KANAK ATTAK, Grenzcamp, KEIN MENSCH IST ILLEGAL! und *Brothers Keepers* oder die sogenannten Globalisierungsgegner von ATTAC bis *Reclaim the Streets* (RTS), die mit spontanen Protest-Parties die Stadt zurückerobern, die Strassen reklamieren. NO SPACE! NO CHOICE! NO JOBS! NO LOGO!

Die Marken erobern das Stadtbild, die Corporate City wird Wirklichkeit. GEGEN DAS MARKIERTE LEBEN! Es ist eine Ironie der Geschichte, dass zu dem Zeitpunkt, da die Straße zur begehrtesten Ware wird, sie sich in einem Belagerungszustand befindet: Alles, was wirklich Leben in der Stadt ausmacht, wird verfolgt! Ungefähr zur selben Zeit, als es den Konzernen gefiel, den öffentlichen Raum als Beute zu betrachten, begann die Kommerzkultur auch Raves zu vermarkten. RTS war die Gegenreaktion, die erste urbane Gegenbewegung, die nicht die Flucht aufs Land antritt wie Hippies & Yuppies, sondern die mit FREE PARTY die Vision der FREE CITY propagiert: Spaß organisieren, ohne um staatliche Genehmigung zu betteln oder von der Großzügigkeit der Konzerne abhängig zu sein! *Wir kamen zu reklamieren! Back to RTS!* Das Konstruieren von Situationen gehört zu unseren tiefsten Begierden. RAUM ALS PRAXIS!

Post 11-09-01

„Ficken für den Frieden! Sowas aus den frühen späten Siebziger. Und wenn heute Krieg ist, will irgendwie niemand mehr FICKEN! Und das hat doch bestimmt was mit diesem Internet zu tun oder so.“ (René Pollesch & Kanak AnthropologInnen: „Stadt als Beute 2“)

Der 11. September war ein fataler Rückschlag: Erste Erfolge der globalen Protestbewegung, die seit Seattle 1999 in den Fokus der Weltöffentlichkeit geraten war – mit einem Anschlag dahin. Das Bündnis aus internationaler Gewerkschaftsbewegung, NGO's, Öko-AktivistInnen und freien Radikalen war gespalten, alle geplanten Aktivitäten wurden erst einmal ausgesetzt. Die bekämpften Vorkämpfer des Freihandels, die im WTC ums Leben kamen, wurden in der patriotischen US-Presse als Helden der Freiheit und Märtyrer des Marktes gefeiert bzw. betrauert, während Globalisierungsgegner mit Terroristen gleichgesetzt wurden. Doch leidet die Welt nicht an zu viel, sondern an zu wenig Empathie. Es gibt keinen Grund, den Opfern des Terrors die Solidarität zu verweigern. Aber es gibt gute Gründe zu befürchten, dass die ersten Schritte einer transnationalen APO durch dieses Ereignis zunichte gemacht werden. Es ist die Stunde der Scharfmacher und Kriegstreiber: Leute wie Giuliani (Rudy, nicht Carlo!), Erfinder von Zero Tolerance und der „Polizeistadt“, wurde König von NY. Und alles, wogegen wir gekämpft haben, wird einfach durchgesetzt – mit allgemeiner Zustimmung der Bevölkerung, mit ehrlicher Begeisterung für starke Männer und einen starken Staat: SICHERHEITSSTAAT! *It's bedtime for democracy.*

Seit den Anschlägen herrscht weltweit ein ‚permanenten Ausnahmezustand‘, der weiterhin andauert: Der Krieg, der am 11.09.01 begann, der nie erklärt wurde, aber seitdem geführt wird: ‚Nichts ist wie es vorher war‘. Dieser „neue Krieg“ wirkt wie eine Schulbuchillustration von

Carl Schmitts These des Übergangs vom Krieg souveräner Nationen zum Weltbürgerkrieg. Vorbei die Zeit der erklärten Kriege, es ist die Zeit der POLIZEI.

Post – Post

Mai 02: Das Volk der Globalisierungsgegner, die Neuen Massen, die da auf der ganzen Welt auf der Straße sind, scheinen den Schock überwunden zu haben und sich zu re.formieren als Friedensbewegung. Die Bilder aus Berlin während des Bush-Besuchs wirken wie ein wilder Mix aus Genua und Love-Parade. Doch zeigt sich hier die Schwäche der sozialen Basis-Bewegungen, die sich in ihren Resistenzriten darauf reduziert, Papp-Figuren des US-Präsidenten zu verbrennen. Der radikale Abbau von Grundrechten, die heimliche Abschaffung der Demokratie hierzulande gerät beim bloßen BUSHit-bashing allzu leicht aus dem Blick. Die Freiheit der sogenannten „freien Welt“ wird nicht nur durch den fundamentalistischen Faschismus bedroht, sondern durch die Anti-Terror-Maßnahmen der einzelnen westlichen Staaten, allen voran D-land mit seinem „Otto-Katalog“. Die „Spaßgesellschaft“, deren Ende seitdem auf allen Kanälen öffentlich verkündet wird, lässt erahnen, dass wir uneleganterweise etwas zu verlieren haben. Wir – das hedonistische

Milieu der urbanen Bevölkerung – scheinen irgendwie zwischen die Fronten geraten zu sein. Doch Septembre Eleventh hat uns dissidente Hedonisten nicht desavouiert, sondern herausgefordert. Seitdem ist der Slogan WE WILL NEVER STOP LIVING THIS WAY! unsere Antwort auf die Kriegserklärung beider Seiten! Der Krieg gegen den Westen, gegen Liberalismus & Libertinage, hat längst im Westen Wurzeln geschlagen. Christliche Fundamentalisten in den USA haben die Terror-Angriffe als „Strafe Gottes“ verstanden für „Promiskuität und Homosexualität“. Und im deutschen Diskurs ist eine kaum verhohlene Faszination für Selbstmord-Attentäter als „Selbstaufopferung für die Gemeinschaft festzustellen. Die plötzliche Begeisterung für „Werte“ und „Gemeinschaft“ in diesem Rahmen ist suspekt. Vielleicht herrscht doch kein „Krieg der Kulturen“, kein *Dschihad gegen die McWorld*, sondern ein geheimes Einverständnis der Anti-Modernen im Okzident und Orient: Das gemeinsame Feindbild aller reaktionären autoritären Kräfte ist das emanzipierte, autonome, lustvoll lebende Individuum, das sich die Freiheiten nimmt, die ihm/ ihr versprochen wurde.

HER MIT DEM SCHÖNEN LEBEN! ist und bleibt die Mutter aller fortschrittlichen Forderungen - ALLE



ODER KEINER! „Die Ordnung des Profanen hat sich aufzurichten an der Idee des Glücks“, schreibt Walter Benjamin. Doch für Benjamin wirkt die Kraft dieses profanen Strebens zugleich in die entgegengesetzte Richtung - in Richtung Erlösung. Das ist der Unterschied zwischen dem materialistischen Messianismus der kommunistischen Tradition und dem Dschihad oder der Mission: Das ‚Reich Gottes‘ – sprich: das Reich der Freiheit, die befreite Gesellschaft – kann nicht direkt angepeilt werden. Menschliches Streben, der Klassenkampf, ist geprägt von der sehr irdischen Suche nach Glück, Genuss, Seligkeit. Das ist unsere Antwort auf die Märtyrer & Missionare aller religiösen Fundamentalismen! *Cola statt Koran! Bier statt Bibel!* Und auf die weltlichen Prediger des Verzichts, des Opfers und der Askese. Setzen wir dagegen die Poesie der Propaganda der Begierden: Das Leben feiern, statt den Tod verherrlichen! Gegen Terror, gegen Krieg, für Frieden SOFORT! Das erste Opfer der Eskalation privatisierter terroristischer Gewalt ist das öffentliche Leben, siehe Israel: Niemand traut sich mehr unter Menschen, niemand geht mehr auf die Strasse. Das Leben in den Städten erstickt. Der Angriff auf New York war ein Angriff auf das urbane Prinzip und hat demonstriert, wie eng die Vorstellung von Freiheit an die städtische Lebensweise gebunden ist: Emanzipation ist nur im Kontext von Urbanität denkbar. Für eine freie, d.h. FREIE STADT!

„Wir werden nicht aufhören zu tanzen!“ (Schild zwischen Blumen und Kerzen an der Stelle des Anschlags auf einen populären Club in Tel Aviv).

alextext@nekonet.de

Reclaim the Streets
⇒ www.reclaimthestreets.net

Kanak Attak
⇒ www.kanak-attak.de

NO LOGO: Buch von Naomi Klein
⇒ www.nologo.org

◀▶ weiter von Seite 5: **die moderne Todesstrafe****Heroinkonsum führt zu Krankheit und physischer Verelendung**

Auch diese Behauptung ist medizinisch widerlegt. Aber verbreitet werden soll dies nicht. Dies zeigt etwa die harsche Zurechtweisung eines Arztfunktionärs, der öffentlich erklärte, nicht der Stoff Heroin mache krank, sondern allein die Bedingungen seines Konsums. Dies möge ja den Tatsachen entsprechen, so seine Kritiker, die Öffentlichkeit aber darüber aufzuklären, sei unklug und verantwortungslos.

So ist bekannt, dass die Opiate im Gegensatz zu Alkohol und Nikotin zu den am wenigsten mit unerwünschten oder toxischen Wirkungen belastenden Arzneimitteln gehören. Die wenigen zu beobachtenden Nebenwirkungen sind Verstopfung und ein Nachlassen der sexuellen Appetenz. Das durch die Medien geprägte Bild des heruntergekommenen Junkies widerspricht dieser Feststellung nur scheinbar. Todesfälle, akute und chronische, oft zum Tod führende Infektionen wie Blutvergiftung, Leberentzündungen, Vereiterung und Entzündungen der Haut, Blutgerinnselbildung

und nicht zuletzt die HIV- Krankheit sind ausschließlich: Folge mangelnder Kenntnis der tatsächlich zugeführten Menge Heroin, Folge unsteriler bzw. unsachgemäßer Injektion, sowie Folge toxischer Verunreinigungen des Stoffes (Chinin, Strychnin, etc.)

Abgesehen von den o.g. Faktoren ist die häufigste Todesursache von Junkies Selbstmord. Dieser wird nicht zuletzt vom Staat aufgrund der aufgezwungenen Konsumbedingungen mitverschuldet. Für die Junkies wurde Heroin erst zum gesundheitlichen Problem, als der Staat per Verbot in die Konsumbedingungen eingriff. Der Staat sah die seit der Studentenbewegung aufkommende Drogenkultur als Gefahr für die ökonomische Verwendbarkeit der Gebraucher. Drogen, Aussteigermentalität, Gesellschaftskritik, Misstrauen gegenüber staatlichen Aktionen und Ablehnung gesellschaftlicher Strukturen waren mehrere Aspekte eines Kulturbegriffes. Der Staat will jedoch die gesetzliche Durchsetzung eines „moralisch richtigen“ Lebensstils. Unterdrückt wird hierbei, was Rausch auch ist: Ausdruck persönlicher

Freiheit, über sein eigenes Leben zu bestimmen. Das Recht auf Rausch, auf eigene Erfahrungen und im absoluten Extremfall auch das Recht auf Selbstschädigung ist und bleibt Menschenrecht. Wo der Staat jetzt merkt, dass etwa die Haschkonsumenten auch gesellschaftlich prima funktionieren und es vorbei ist mit breiten jugendlichen Protestbewegungen, wird zumindest für diese Droge das Verbot faktisch aufgehoben.

Die Heroinkonsumenten müssen jedoch den Preis zahlen für die Schaffung eines Schwarzmarktes und das Verbot eines legalen Marktes. Sie müssen unter dem Verdikt der Illegalität das Hundertfache des Produktionspreises bezahlen. Der

auf dem Schwarzmarkt zu erwerbende Stoff ist zumeist gestreckt (reiner Heroinanteil ca. 10 %). Für den maßlos überbewerteten Stoff muss der Konsument sich prostituieren, stehlen und dealen. Das Geld reicht häufig nicht mehr für ausreichend Kleidung und Nahrung oder für eine Wohnung. Auf ärztliche Versorgung muss allein schon aus Angst vor Entdeckung des Drogenkonsums verzichtet werden. Der Beschaffungsdruck wird nicht zuletzt durch repressive polizeiliche Maßnahmen verschärft. Diese Faktoren machen den Heroinkonsum dazu, was er ist: eine vom Staat verordnete Todesstrafe.

Für das Ende einer tödlichen Politik

Sinnvoll wäre die Freigabe aller derzeit kriminalisierten Rauschmittel und ihre Abgabe in lizenzierten Drogenläden, in denen nicht die Konsumenten, wohl aber die Qualität und Preise der Waren der Kontrolle unterliegen. Zu einem Drogenboom käme es nicht; Erfahrungen mit der Legalisierung von Haschisch in den Niederlanden belegen das Gegenteil. Ziel ist es nicht, dass möglichst Wenige Drogen nehmen, sondern dass denen, die sich berauschen wollen, dies unter Bedingungen möglich ist, die frei sind von Verfolgung und erzwungener Selbstschädigung.

Nirgendwo vermochte eine Prohibition die Verbreitung von Substanzen zu verhindern, wohl aber die Bedingungen für ihren möglichst gesundheitszutraglichen wie lustvollen Gebrauch. Die Freigabe unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen stellt keine „Utopie“, sondern eine schlichte Notwendigkeit dar.

gogo@lira-online.de

Startbar West 2002: Against FlughafenStadt Veranstaltungstage der Innenstadtgruppe ffm vom 4. bis 8. september

Mega Airport, Jobmaschine, Tor zur Welt, Erlebnisarchitektur, Mechanismus Flughafen – auf allen Kanälen wird am Mythos Rhein-Main-Flughafen gebastelt: Dass die Stadt den Flughafen braucht, dass sie ihn größer braucht, dass hier die Zukunft der Stadt liegt. Ab Ende Juni startet im Architekturmuseum die Ausstellung „World Airports“, auf der abermals der „faszinierende Ort“ Rhein-Main-Flughafen inszeniert werden wird. Angeleiert und finanziert wurde die Ausstellung von der Fraport, der Flughafenbetreibergesellschaft.

Zum Raum Flughafen und seiner Inszenierung wird die Innenstadtgruppe ffm vom 4. bis 8. September an einigen Club-Diskussions-Abenden Widerworte und Gegenbilder produzieren. Die Innenstadtgruppe ffm – das ist ein Zusammenschluss von Leuten, die zu städtischen Themen wie Privatisierung des öffentlichen Raumes, Ausgrenzungen, Raumüberwachung oder aktuell zur städtischen Müllkampagne („Müll macht schlechte Laune.“ vs. „Müll ist

funky!“) gearbeitet und aktioniert haben. Es ist ein Projekt, das sich und seine Politik(en) jeweils in Zwischenräumen zu platzieren versucht: Zwischen Kultur-, Club-, Politik-Szenen, zwischen Thesen und Taten.

Während den Veranstaltungstagen Anfang September soll nun der Flughafen durch- und zerleuchtet werden. Hierfür wird ein Raum oder auch eins, zwei, drei Räume geschaffen – Orte für Ausstellungen, Veranstaltungen, Clubbing, Plaudereien, Diskussionen, Lesungen, Filme etc. Thematisch interessiert dabei weniger, wie viel Lärm die Flugzeuge produzieren. Vielmehr geht es um den Lärm des Flughafens selbst: Inwieweit prägt der Airport – als KontrollKundenKapital-Raum und als Leitbild – die Vorstellung des Städtischen und die Entwicklung städtischer Räume? Wird die Stadt Flughafen? Oder der Flughafen die neue Stadt? Angedachte Labels, unter denen die Startbar 2002 abheben soll, sind ARBEIT am Flugha-

fen (wer trägt wie die Koffer? Kämpfe im Bauch der Maschine Flughafen),

DURCHSETZUNGS- und WIDERSTANDSPOLITIKEN (Startbahnbewegungs-Geschichten, Konflikte um Ausbau), MIGRATION (Flughafen als Grenze und als Lücke), KONTROLLRAUM (2000 Kameras, Businessareas, Erlebnisflughafen und unverhoffte Wiederaneignungen), MOBILITÄT (schneller, beweglicher, effizienter – so sei der Flughafen, so sei auch Du) und METROPOLE (Was wäre die Stadt ohne? Wärest Du in Frankfurt ohne?).

Startbar West 2002. Wo, wann und was genau – nähere Infos hierzu werden folgen. Haltet also Augen und Ohren offen und fragt bei Eurem lokalen Kiosk nach.

Innenstadtgruppe ffm
(innenstadt-ag@gmx.de)

⇒ www.copyriot.com/innenstadt-ag

Aufruf zur Mengenbildung

Neben der möglichen Route der Nachttanzdemo wird es eine Menge geben, mit Fackeln bewaffnet läuft sie schweigend durch die Stadt: Frankfurt, wurde durch Schleef zur Droge, weil dies Goethes Droge war, die Droge Stadt, die wir nun durchlaufen, schweigend bis zur Gerbermühle und blicken zurück, auf das Schloß Stadt, das da mal war. „Aufruf zur Mengenbildung“ versteht sich als Kulturdemonstration. Die Menge der Stadt versammelt sich, um für den Erhalt und den Ausbau der wichtigsten Institutionen einer Menge zu kämpfen: Kunst, Theater, Ballett, Oper, Film, Orchester, Universitäten ... und Parties, Clubs, öffentliche Plätze!

Es liegt im öffentlichen Interesse, die Vielfalt dieser Mengen zu erhalten, weil eine Stadt sich nur dann als internationale Gemeinschaft verstehen kann, wenn die Pluralität der Öffentlichkeit erhalten bleibt.

Am 21. Juni wird diese Demonstration ihre Route wissen.

Wie wär's mal mit Holidays in Kosov@?

Auf zum **Crossing Bridges Festival** in Peje/Kosov@
vom 26. August bis 1. September 2002

⇒ www.theplayground.de (deutsch/englisch) oder
⇒ www.crossingbridgescollective.8k.com (albanisch/englisch)

fuckparade 2002

13. Juli 2002 – Berlin
Infos: www.fuckparade.de

re.claim the game:

NOlympJA! 2002

die street re.public nachttanzdemo

samstag, 22. juni – 21.00 uhr

vom frankfurter hbf durch die innenstadt
aktuelles in netz: www.nachttanzdemo.net

Ich will mich frei bewegen,
will tanzen, meine Droge,
meine Party, will meine
ganze Stadt – für ALLE!

